

Abonnements

werden beim Verlag und dessen Bekannten Agenten entgegen genommen, und zwar zum voraus zahlbaren

Inserte

die beizulegende Zeitzeile 3 Pence — 25 Pfg. — 30 Gr.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint wöchentlich einmal in London. Verlag der German Cooperative Publishing Co. E. Bernstein & Co., London N.W.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wollen man unter Beobachtung äußerer Vorsicht abgehen lassen.

Julius Krücker †

„Wieder Einer! Und auch der ist gemordet worden.“ So sagte sich jeder mit Jähnelnischen, als vorige Woche die Nachricht durch die deutschen Blätter ging, daß Julius Krücker nach unglücklichen Leiden am Dienstag den zweiten Oktober gestorben.

Denk wahrlich, wie ist Einer brutaler, absichtlicher auf die trodene Guillotine, in den sicheren Tod geschickt worden. Seit Jahren war er krank, von Weitem konnte man in ihm einen Leidenden erkennen, — trotzdem schleppte ihn das Ordnungsheldenthum in Unterfuchungshaft, nachdem die Puttkamer'schen Schergen ihn in Berlin vor dem Reichstag aufgegriffen, wie man einen tollen Hund aufgreift, und ließ man ihn, der mit der ihm zur Last gelegten „Scheinhändel“ so wenig zu thun hatte wie seine Verfolger mit der christlichen Liebe und Barmherzigkeit, die sie beständig im Munde führen, über fünf Monate in Untersuchungshaft.

Unvergessen soll aber auch sein Name sein. Der jest der Sache des Proletariats Entziffene war kein glänzender Redner, er glänzte überhaupt nicht, — er war schlicht und einfach, ein Soldat in dem großen Befreiungsheer, aber ein treuer Soldat, fest und unerschütterlich. Wo er stand, da war er auch in den Boden gewurzelt, und eher hätte er sich in Städte hauen lassen, ehe er seinen Posten verließ.

Als sie ihn das zweite Mal aufgegriffen, da wußte er, daß es sein Tod sein würde. Er hatte auch vorher gewußt, daß man ihn wieder aufgreifen wollte, und hätte sich durch die Flucht retten können, Allein fliehen? Immermehr! Wieder herbei, und er ist gestorben. Ehre seinem Andenken, Schmach dem Namen seiner Mörder.

Julius Krücker, seien wir in einem Nachruf, den das „Berliner Volksblatt“ dem Verstorbenen widmet, ist am 26. Juni 1839 in Breslau geboren, er vollendete also vor wenig Monaten sein 49. Lebensjahr. Sohn armer Eltern, besuchte er anfangs die Hofrils- oder sogenannte Abendschule zu Breslau, dann die Elementarschule, die er mit dem 14. Jahre verließ, um das Sattlerhandwerk zu erlernen.

„Geistig geweckt und auf seine Ausbildung emsig bedacht, konnte er von der Bewegung, die in den sechziger Jahren immer weitere Kreise der Arbeiter ergriff, nicht unberührt bleiben; aber er war längere Zeit unentschlossen, welcher der beiden damals im harten Kampfe miteinander liegenden Richtungen er sich anschließen sollte. Er gründete im Jahre 1867 mit gleichgesinnten Freunden den Breslauer Arbeiterverein, dessen thätiges Vorstandsmitglied er wurde; 1869 schloß er sich nach dem Offenbacher Kongress der sozialistischen Arbeiterpartei an und war von da ab für diese ununterbrochen agitatorisch thätig.

Zur Jahre 1877 wurde Krücker zum ersten Male im Berliner Wahlkreis als Reichstagskandidat aufgestellt, aber erst 1881 gelang es, ihm in der Stichwahl das Mandat zum Reichstag zu erkämpfen, das er auch von da ab ununterbrochen innegehabt. Er war kein hervorragender Redner, aber zeichnete sich durch große Sachkunde in allen Arbeiterfragen aus.

Seine Armuth zwang ihn, die geringe Entschädigung anzunehmen, die die Partei des Proletariats ihren Vertretern im Reichstage zu gewähren vermag. Als der Mann, der sich seine Thätigkeit im Staatsdienste mit hohem Gehalt und allen möglichen „Dotationen“ bezahlen läßt, kurz nachdem er die dem Volk erpreßte Ottospende eingestrichen, die freiwillige Zahlung von Diäten an Abgeordnete für „unmoralisch“ erklärte, wurde neben anderen Abgeordneten auch Krücker von servilen Richtern — „Oberlandesgerichtsräthen“ — zur Herausgabe der von der Partei erhaltenen Diäten verurtheilt.

Die Krankheit, der Krücker schließlich unterlegen, war ein Leber- und Nierenleiden. Schon seit längerer Zeit litt er an demselben, aber unter den Verfolgungen und schließlich im Gefängniß steigerte es sich zu so hochgradiger Entfaltung, daß es ihn noch im kräftigsten Mannesalter dahinkraufte.

Ueber die Beerdigung Krücker's, die am 5. Oktober erfolgte, wird uns im Auftrage der Breslauer Genossen geschrieben:

„Soeben kehren wir von dem Begräbniß unseres Genossen Julius Krücker zurück.

„Die Polizei, welche nun einmal für die Sozialdemokratie agieren muß, hat redlich dazu beigetragen, die Beerdigung zu einer Demonstration zu gestalten, welche dem Breslauer Proletariat und seinen Feinden unvergessen bleiben wird.

„Heute Morgen zierten große rote Plakate folgenden Inhalts die Anschlagstafeln der Stadt:

„Bekanntmachung!“

„Unter Hinweis auf die Vorschriften des § 9 und 10 der Verordnung vom 11. März 1880 über die Verhütung eines die öffentliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Versammlungsrechts, sowie auf Grund des § 9 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch die Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges bei Gelegenheit der Beerdigung des verstorbenen früheren Sattlers, Mitglieds des deutschen Reichstags, Julius Krücker, am 5. d. Mts. verboten.

Der Erfolg der fürstorigen Maßregel war eine noch vielen Tausenden zählende Menschenmenge, welche die Straßen, durch die der Leichenzug passierte, an beiden Seiten in dichten Mauern einfaßte.

Wahrlich kein Despot, kein genialer Staatsmann oder ruhmgelüsterter General kann sich eines solchen Erfolges rühmen, denn nicht die Tagelöhne und Faulenzer, die des Schlangengränges wegen aus solchen Veranstaltungen die Straßen zu füllen pflegen, waren es, durch deren Reigen der stille Zug sich zum Friedhof bewegte, nein das arbeitende Volk, die ersten Männer der Arbeit waren in unabherrbaren Scharen herbeigeströmt, um ihrem Vorkämpfer den letzten Schildegruß darzubringen.

Ungreifend hatten sich schon in Trauerhäuser die Stunden vor der Beerdigung gestaltet, als zahllose Scharen in stummem Grauß an der Bahre des Verstorbenen vorüberzogen, um noch einen Blick auf das Antlitz des Mannes zu werfen, welcher für die Befreiung des Proletariats gestritten und gelitten hat. Tausende, als die Sargträger ihres Amtes walten wollten, gab Gehör dem Befehl, welcher mit Singer als Vertreter der Fraktion herbeigekommen war, in tief empfundenen Worten den Trauergefühlen der Freunde und kämpferischsten Ausdruck.

Reiche Blumenpenden waren von allen Seiten anlangt; die Fraktion hatte eine prächtige Palme als entzündender Leuchtpflicht gesendet. Breslau, Berlin, Dresden, Koblenz und viele andere Städte hatten Delegationen mit herrlichen Kränzen geschickt.

Endlich um 4 Uhr Nachmittags formierte sich der Zug, unmittelbar hinter der Bahre die Kranzträger und Deputationen mit ihnen folgend die Wagen der Familie und nächsten Angehörigen des Verstorbenen. Weiter ging die politische Gelände nicht. Aber was hat's? Die Massen waren doch erschienen, und zwar in so gewaltigen Scharen, daß während des Zuges aller Wagenverkehr unterbrochen werden mußte. Nahezu anderthalb Stunden währte es, bis der Friedhof erreicht war, der die letzten Reste Krücker's aufnehmen sollte.

Auf dem Wege dahin hatte der Zug auch das Landgerichtsgebäude, wo das Spandurtheil gesprochen worden war, und das Gefängniß, aus dem der Sterbende „auf Urlaub“ entlassen worden war, passiert, und in und hinter den Fenstern hatten die Beamten gestanden und geschaut. Ob nicht Einige unter ihnen waren, denen ein Rest von Rechtsgedank die Rötze der Scham in's Gesicht trieb? Ein imposanter erhebender Anblick war es, als die still wartenden anzahlbaren Menschenmassen vor der Proletariatskirche Jhrfürstendoch das Haupt entblöhten.

Die Bourgeoisie, die die Feinde, welche der Jugpassiert hatte, nicht besetzt hielt, wird sich bewußt geworden sein, welche Macht gegen sie

mitsteht, und die Gewaltthäter werden innerlich erbebt sein vor dem stummen aber um so gewaltigeren Protest.

Am Grabe durften keine Reden gehalten werden. Als der Sarg in die Grube gesenkt war, wurden sämtliche Blumenpenden an das offene Grab gelegt, um später den Hügel zu schmücken, nur mit drei Hände voll Erde nahmen die Freunde Abschied von dem Genossen.

Die Widmungen an den Kränzen waren vorher abgetrennt worden, weil sich bei dem Begräbniß Max Kayler's ergeben, daß die Breslauer Polizei die Gewohnheit hat, Kränze mit ihr nicht zulassenden Inschriften von den Gräbern zu nehmen. Deshalb übergab man die Kränze an die Familie, welche dieselben als bleibendes Andenken in Ehren halten wird.

Die Sozialdemokratie hat in Krücker einen treuen Vorkämpfer verloren, aber die sühne Entschlossenheit, welche man in den blühenden Augen der Massen lesen konnte, die ihn zu Grabe geleitet, giebt uns die Gewißheit, daß Breslau für die Sache des Proletariats nicht verloren ist.

Fest und unerbittlich freiten wir weiter in dem Befreiungskampfe für die ausgebeutete und geknechtete Menschheit, das haben wir am Grabe Krücker's gelobt und das halten wir trotz aller Polizei- und Richterbrutalität!

Sumpflüthen.

Der moralische Sumpf, zu welchem sich das Deutschland des zweiten Kaiserreichs unter der Aera Bismarck-Wilhelm I. herausentwickelt hat, und den „im Sinne des unvergeßlichen Großvaters“ zu hegen Wilhelm II. nicht müde wird, zu betheuern, sieht, wie andere Sümpfe, von Weitem genau so aus wie das schönste, blühendste Gefilde. Der Nicht-Unterrichtete glaubt vor einer lachenden Wiese zu stehen, eine üppige Vegetation breitet sich vor seinen Augen aus, an schlankem Wuchs, an gefülligten Farben kaum zu übertreffen. Zeit er aber näher, greift er noch einen jener verführerischen Gewächse an, die dem Auge so lieblich unterstehen, und welche bald, wenn sie entpflanzet sind, einen hohlen, von Uebelkeit erregenden Geruch ausstrahlen, der in höchster Grade giftig, das sind ihre wasserhellen, aber in höchster Grade giftigen Eigenschaften.

Glänzend nach außen stellt sich das deutsche Reich dar. Welch herrliches, wohlgeordnetes Heer, welche musterhaftes, pflichtergebenes Beamtenwesen, welche mächtige, streng loyale Bürgerklasse! Ausländer, welche während der Kaiserreisen in Deutschland gewirkt und den ganzen offiziellen Jubel-Schwundelapparat, der in Stuttgart und München u. in Szene gesetzt wurde, vor ihren Augen sich haben abspielen sehen, wissen namentlich von dieser Loyalität, von der begeisterten Liebe des deutschen Volkes zu dem neuen Kaiser nicht genug zu erzählen. Sollen sie nur näher zusehen, diese „Loyalität“, diese „begeisterte Liebe“ hätte sich ihnen als die widerwärtigste Pflanze offenbart, die je aus einem fauligen Sumpfe emporgeschossen.

Nehmt die erbärmlichsten Eigenschaften, die sumpflüthigen Gebrüder, und ihr habt die Grundstoffe, aus welchen die Pflanze zusammengeleitet ist, die man im heutigen Deutschland Loyalität nennt. Neugier, Eitelkeit, Gesinnungslosigkeit, Verlogenheit, Käuflichkeit — kurz, das ganze Register der Eigenschaften, die das genaue Gegenheil von dem sind, was das Wort Loyalität seinem eigentlichen Sinne nach bedeutet: aufrichtig, ehrenhaft.

Wie es um diese Eigenschaften im deutschen Reiche steht, das zeigt sich mit schreiender Deutlichkeit an dem Verlauf der Affäre Geffen, wie dieselbe sich bis jetzt abgeipelt hat und natürlich auch weiter abspielen wird. Der Niedertracht, die vor den Gewaltthätern dabei einfließt, sieht die Niedertracht, die das Bürgerthum in seiner Stellungnahme zum Angeklagten an den Tag legt, würdig zur Seite.

Einen Prozeß wegen Verbrechens der Wahrheit kann man den Prozeß Geffen füglich nennen. Der Mann hat das Irnwürdige Verbrechen begangen, das Verbrechen eines Sterbenden getreu ausgeführt und dadurch die Wahrheit über eine wichtige Episode der deutschen Geschichte, die bisher dem Volk in tendenziös verlogener Darstellung vorgeführt worden war, an den Tag gebracht zu haben. Daß diejenigen, die sich durch die Enthüllungen des Tagebuchs Friedrich III. getroffen fühlten, wie toll um sich schlugen, daß ein Bismarck in seiner Wuth ein Schriftstück voll ehrenwärtiger Aussprüche gegen den verstorbenen Widerjäger, voll perfider Verdächtigungen gegen dessen wehrlose Frau vom Stapel ließ, und daß Wilhelm II. seine ihm nachgerühmte Hochberzheit dadurch auf's Neue bekräftigte, daß er, der Sohn des Beschimpften, dieses Schriftstück veröffentlichte, daß man sich dann des Veröffentlichers des Tagebuchs verächtete, das und Dinge, über die wir kein Wort verlieren. Die Seelengröße eines Bismarck und die Schneiderei des Wilhelm sind ja von lange her bekannt. Auch über das Verhalten der Gerichte wollen wir hier kein Wort verlieren, die Servilität der Richter, die Liebedienerei grade in allen politischen Prozeßen, so infam sie an sich ist, ist ebenfalls nichts Neues. Daran kann der Einzelne nichts ändern, er kann nur auf Befreiung dieses schimpflichen Zustandes hinarbeiten und einwirken, weil die Rechtsprüche der Gerichte dementsprechend würdigen. Wie brutal und gemein sich auch die Regierung, wie knechtisch und gemein sich auch die richterlichen Behörden benehmen, es

fällt wie Spreu in die Waagschale gegenüber der erbärmlichen Gemeinheit, die das soziale Bürgertum in der Geffken-Affaire an den Tag legt, die nichtswürdige jämmerliche Haltung derjenigen Klasse, die materiell unabhängig und daher jederzeit in der Lage ist, ein selbständiges Urtheil zu fällen und durch ihr Verhalten an den Tag zu legen.

Wohlan, was thut diese freie Bürgerchaft? Kaum, daß — durch feigen Verrath — der Name des Mannes bekannt geworden, der sich durch Veröffentlichung des Tagebuchs den Zorn des Fürsten Bismarck zugezogen, so beiläufig, sehr wenige Ausnahmen abgerechnet, alle, die ihm näher gestanden, die Partei, für die er in Wort und Schrift gewirkt, die Blätter, für die er gearbeitet, — ja, seine eigene Familie, ihn in jeder Weise zu verleugnen.

Wäre er auf freiem Fuß geblieben, man hätte ihn wie einen Ausfälligen gemieden, so begann das ekelhafte Spiel des Ab- und gegenseitigen Zuschiebens: „Nicht zu uns, zu Euch hat er gehört.“ „Nein, er ist der Eürigen Einer gewesen.“ „Ihr lügt!“ „Ihr verleumdet!“ So hallte es hin und wieder. Seine Angehörigen aber entblöden sich nicht, um die „Schmach“, die er auf die Familie geladen, abzuwaschen, seine Entmündigung zu beantragen, d. h. ihn für wahnsinnig zu erklären. Zum Glück hat die Nachsicht des Bismarck ihnen das unmöglich gemacht. Der in seinem Unfehlbarkeitsdünkel beeinträchtigte, größte Staatsmann des Jahrhunderts braucht eine ganze und keine halbe Genußthung, er braucht den Prozeß, und er würde ihn sich nicht aus den Händen winden lassen, auch wenn Dr. Geffken wirklich inzwischen wahnsinnig würde.

Ein Bühnenschriftsteller der Gegenwart, Oskar Blumenthal, hat vor einigen Jahren ein Stück geschrieben, „Ein Tropfen Gift“, das die Wirkung schildert, die eine geschickt angebrachte Verdächtigung in der „guten Gesellschaft“ ausübt, wie der von ihr betroffene Ehrenmann sofort von allen seinen Bekannten und Freunden gemieden wird, als ein Geächteter dasteht. Aber als echter „moderner“ Dichter idealisirt er die Gesellschaft, statt sie zu porträtiren. Es kam sie für ihr Verhalten kein Vorwurf treffen, alle Umstände sprechen bei ihm gegen den Beschuldigten, und die That, die demselben zur Last gelegt wird, ist wirklich die eines Verräthers, eines Chlofen.

Von alledem nichts bei Herrn Geffken. Man kam ihm Verhöhnung vorwerfen, aber irgend etwas Unerbittliches in der Veröffentlichung des ihm zu diesem Zweck überlassenen Tagebuchs zu finden, ist beim besten Willen nicht möglich. Dieselbe richtet sich in keiner Weise gegen den Bestand des Reiches oder seine Sicherheit. Wir wollen sehr weit gehen und annehmen, Geffken, der als Konservativer es doch hätte besser wissen müssen, habe wirklich geglaubt, unangefast zu bleiben, also seine Haut nicht freiwillig zu Markt getragen, so bleibt die Veröffentlichung doch immer ein Akt der Pietät gegen einen Verstorbenen, immer eine Handlung, die auf seinen Charakter nicht den mindesten Makel wirft.

Und doch diese Behandlung, doch diese allgemeine Verleumdung vor seinem Namen, doch das feige Ableugnen, doch der Versuch, ihn für wahnsinnig erklären zu lassen.

Wie weit die Achtung des Mannes geht, der sich des Verbrechens der Wahrheit schuldig gemacht, zeigt folgende Notiz, die wir der Berliner „Volkzeitung“ entnehmen:

„Dr. Geffken hat, wie das „Hamb. Fremdenbl.“ mitzutheilen weiß, kurz vor der Tagebuch-Angelegenheit der Direktion des Hamburger Stadttheaters ein Drama überreicht. Direktor Bollini hat sich jedoch entschlossen, das Stück „unter heutigen Umständen“ nicht zu geben.“

Dazu bemerkt die „Volkzeitung“ sehr richtig:

„Nun, Direktor Bollini mag wissen, was diese „heutigen Umstände“ mit der dramatischen Poesie zu schaffen haben, wir wissen es nicht. Gilt denn Jeder schon im Deutschen Reich für verfehlt, gegen den Fürst Bismarck die Staatsanwaltschaft in Bewegung setzt? Noch hat kein Straffenat Dr. Geffken vor den Richter geladen und schon begegnet man ihm wie einem Verurtheilten. Das sind ja recht erbauliche Zustände.“

Ja, das sind wirklich recht erbauliche Zustände. Gilt doch die lendenlähmende Erklärung des bisher mit Herrn Geffken befreundeten Jürgen Bona Meyer, kulturkämpferischen Angehens, in der „Kölnischen Zeitung“ schon als besonders namhaftes Eintreten, und doch hütet sich der nationalliberale Professor ängstlich, mehr zu sagen, als daß nach seiner Ansicht Geffken zur Veröffentlichung des Tagebuchs, die er, Meyer, „weder rechtlich noch politisch rechtfertigen will“, unedle und unedelmüthige Parteitriebe sicherlich — man beachte dieses Ausrufenwort — nicht geführt haben.

Mit andern Worten, Herr Meyer plädiert für seinen Jugendfreund mildernde Umstände. Das lobnte sich wahrlich der Mühe. Als ob unter urtheilsfähigen Menschen auch nur einen Augenblick ernsthaft davon die Rede sein könnte, „un-edelmüthige Parteitriebe“ — dieses schief und schielende Wort allein charakterisirt die Epoche, der es seine Entstehung verdankt — kämen bei der Veröffentlichung des Tagebuchs in Frage.

Welchem Feinde Deutschlands soll dieselbe denn nützen? Keinem Einzigen. Sie stellt lediglich die Wahrheit über eine Epoche aus der jüngsten Vergangenheit Deutschlands fest, in Bezug auf Vorgänge und Personen, die das deutsche Volk allein angehen.

Statt drohend mit der Faust dreinzuschlagen und die Verleumder und Verleger seines Freundes energisch zur Ruhe zu verweisen, statt das gute Recht desselben zu wahren, faltet der Herr Professor die Hände und steht weinerlich: „Ach schon den Unglücklichen, er hat es ja nicht böse gemeint.“

Der Teufel auch! Und wenn er es nun doch böse gemeint, mit der Veröffentlichung des Tagebuchs den Zweck verbunden hätte, dem Bösen des Tages etliche erschwindelt. Vorbeern vom Kopf zu reißen?

Aber, wie gesagt, der Brief des Herrn Meyer gilt schon nahezu als eine Heldenthat, und — der Wahrheit die Ehre — gegenüber der bodenlosen Feigheit und Gesinnungslosigkeit, welche die Andern bekunden, muß man ihn wirklich als ein Zeichen relativen Muthes betrachten.

Damit jedoch ist gerade das Urtheil über die Zustände im heutigen Deutschland gesprochen. Wo ängstliches Zagen als rühmliche Ausnahme gilt, da ist die Gesinnungslumperei herrschende Gewohnheit, und wo das einzig erträgliche Gewächs das die

und schmierige Rohr ist, da ist ein Sumpf, der ausgerodet werden muß.

Auf, wer nicht will, daß die Ausdünstungen dieses Sumpfes noch das ganze Volk moralisch vergiften!

Das Hemd des Glücklichen.

Wer kennt nicht das schöne Märchen vom Hemde des Glücklichen? Ein König ist krank und es gibt nur ein Mittel, ihn zu retten — so kündigt nach einem alten Sprichworte die weisen Männer und Frauen — der kranke König muß das Hemd eines Glücklichen anziehen — dann wird er wieder gesund. Nun geht die Jagd los, nicht nach dem Glück, aber nach dem Glücklichen. Wer ist glücklich? Ganz glücklich? denn das Schicksal läßt nicht mit sich spaßen. Nicht die Prinzen und Prinzessinnen. Nicht die Herren und Damen am Hofe. Nicht die Reichen und Mächtigen, bei denen man anfragt. Voten werden überall hin geschickt, in alle Lande. Der Glückliche findet sich nicht. Das Glück hat immer einen oder mehrere Haken. Endlich leuchtet ein Hoffnungsstrahl. Einer der Voten trifft einen fröhlich singenden Hirten, der ihm den Einbruch zufriedener Bedürftigkeit macht.

„Bist Du glücklich?“

„Was ist das? Ich habe, was ich brauche, bin gesund und möchte mit keinem König tanzen.“

„Aber fehlt Dir denn gar nichts? Hast Du keinen Wunsch? Möchtest Du nicht reich sein?“

„Nein, mir mit den dummen Fragen vom Hals. Ich habe keine Lust, zu schlendern und nach Geld zu jagen und meine Mitmenschen zu schänden und zu betrügen, wie die Reichen das thun. Ich bin hier ein freier Mann, habe keine Sorgen und keine Wünsche.“

„Du bist glücklich? Her mit Deinem Hemd! Geld biete ich Dir nicht, weil Du es verachtst — doch es gilt das Leben des Königs.“

„Also Das nennt man „glücklich“! Aber ein Hemd, guter Freund, habe ich nicht.“

Der einzige Glückliche hatte kein Hemd und der König mußte sterben. Dieses Märchen fiel uns ein, als wir das „Tagebuch“ des vorigen deutschen Kaisers durchliefen. Seit Jahrhunderten glaubt das Volk in seiner Naivität an den „guten“ oder „liberalen Kronprinzen“, der, auf den Thron gelangt es erlösen werde.

Hundert und Hundertmal hat das Volk gehofft, und hundert und Hundertmal ist es getarrt worden.

Jeder „gute“ und jeder „liberale Kronprinz“ verliert seine „Güte“ und seine „Liberalität“ oder jagt wir lieber auf gut Deutsch seine „Freiheitliebe“, sobald er auf den Thron kommt, und ist dann gerade so bartherzig und unterdrückungsflüchtig wie sein Vorgänger. Die „Güte“ und die „Freiheitliebe“ hatten ihm überhaupt niemals angehört — sie waren ihm vom Volke, das seine Wünsche gern zu Thatfachen werden läßt, einfach angedichtet worden.

Sturz, es ist mit dem „guten“ und „liberalen“ Kronprinzen der Geschichte genau ebenso gegangen wie mit dem „Glücklichen“ des Märchens. Sobald sie auf die Probe gestellt wurden, verbrüstete bei ihnen die „Güte“ und die „Freiheitliebe“, wie bei Jemen das Glück.

Ein wunderbarer Zufall hat es nun aber gefügt, daß einmal ein wirklich „liberaler Kronprinz“ gefunden worden ist. Das „Tagebuch“ zeigt ihn uns. Es verräth seinen besonders hervorragenden Geist, seinen glänzenden Scharfsinn — allein es wäre ungerath, wollten wir leugnen, daß ein edles Gemüth aus diesem „Tagebuch“ spricht. Durch die Heirath mit seiner geschiedten, bürgerlich denkenden und fühlenden Frau war er in eine andere Weltanschauung eingeweiht worden, als die, welche deutschen, und insbesondere preussischen Fürsten eingeprägt zu werden pflegt. Er erkannte, daß es etwas Höheres gibt, als Soldatenpielerei, Kasernenleben und Massenmord. Die Noth und der Jesuitismus eines Bismarck, die Beschränktheit und Schwäche des Vaters, der seinem Hausmeier blindlings gehorchte und auf dessen Anrathen den Sohn von politischen Geschäften möglichst fern hielt — die hundert Unwägbarkeiten, welche er und seine Mutter (die i. V. von dem berühmten „Halsband-Geschichte“ in den anständigen „Grenzböten“ durch Ausdrücke wie „Schärzeinfluß“ u. s. w. bekämpft ward) seitens der herrschenden Sippe zu erleiden hatten, weckten in ihm den Sinn für's Ideale und erfüllten ihn mit Haß gegen die Schandwirtschaft eines Bismarck. Er dachte nach und sagte sich, daß die Monarchie, welche einen volksthümlichen Charakter trägt, an innerer Kraft und Festigkeit bei Weitem die Soldaten- und Polizeimonarchie übertrifft, an deren Spitze das Haus der Hohenzollern steht. Er strebte ein parlamentarisches Regiment an. Das ist jetzt festgestellt. Wenn wir das „Tagebuch“ mit den Ereignissen der letzten Monate vor dem Tode des Kaiser gewordenen Kronprinzen zusammen halten, so muß der letzte Zweifel nach dieser Richtung hin schwinden. Das „Halsband-Geschichte“ das Vech hatte, als Hohenzoller geboren zu werden, entbindet uns ihm gegenüber nicht der Pflicht der Gerechtigkeit.

Dah er — hätte ihn die tödtliche Krankheit nicht weggerafft, ehe er Gelegenheit hatte, seine Pläne zu verwirklichen — aller menschlichen Voraussetzungen nach nicht im Stande gewesen wäre, sein Kronprinzen-Programm durchzuführen, — daß die Logik der Thatfachen ihn bald von der Unmöglichkeit eines sich im Ernst auf das Volk stützenden, das heißt demokratischen, oder auch nur ehrlich parlamentarischen Regiments im heutigen Preußen-Deutschland überzeugt hätte — das kann unser Urtheil nicht ändern.

Genug — einmal im Lauf der Jahrzehnte ist das Wunder geschehen, daß ein „liberaler Kronprinz“ in ein fürstliches Haus hineingeschneit kam, — und siehe, dieser Einzige hat seine rettende Mission ebenso wenig erfüllen können, wie der glückliche Hirt des Märchens. Dieser hatte sein Hemd. Und jener umhüllte seinen in Augenblick, wo er daran war, den Wunderglaubigen zu beweisen, daß der Glaube an den „liberalen Kronprinzen“ doch kein trügerischer sei.

Und die Moral?

Wie die Rettung des Königs im Märchen an der Unmöglichkeit scheiterte, das Hemd des Glücklichen zu erlangen, so werden die Wälder ihre Rettung nicht erlangen, so lange sie auf „liberale Kronprinzen“ hoffen.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 11. Oktober 1888.

Aus Deutschland schreibt man uns:

Einem Skandal kann man die „Tagebuch-Geschichte“ nicht nennen — es ist schon mehr. Hier haben wir es mit Verbrechen zu thun, mit gemeinen Verbrechen und mit Staatsverbrechen. Wir gebrauchten den Ausdruck „Tagebuch-Geschichte“ nach Analogie der Halsband-Geschichte, mit der die Sache eine gewisse Ähnlichkeit hat. Die Halsbandgeschichte löbte die ganze Korruption der Bourbonenmonarchie bloß — sie tödtete die Monarchie in der Richtung des französischen Volkes und bereitete der Revolution den Weg. Die nämliche Aufgabe erfüllt die Tagebuch-Geschichte. Sie legt die ganze Korruption der Hohenzollern-Monarchie bloß und zeigt der Welt, wie die Menschen, welche heute an der Spitze des deutschen Reiches stehen, ohne Maske anselhen. Und selbst die faule Bourbonenmonarchie hat kein so abfäulendes Bild dargeboten, als jene. Der Hausmeier, der aus einem altersschwachen König sich eine Wappe macht, in deren Namen er eine beschließende Kabinets- und Schwindel-Kommission scheidet, Krieg führt, Frieden schließt, ein mongolisches Despotenregiment organisiert, den Sohn und Erben des altersschwachen Königs von diesem unterdrückt, fällt stellen läßt — der Krieg in der Hohenzollernfamilie, die schamlosen Intrigen, die gemeinen Motive, das Alles springt uns aus dem „Tagebuch“ Absehn und Gekel erregend entgegen.

Und nach Veröffentlichung des Bruchstücks der wüthende maßlose Haß des entlarvten Hausmeiers, — und dessen Kreatur, des jetzigen Kaisers, der mit Wonne die Gelegenheit ergreift, das Andenken des toten Vaters zu beschwären!

Des toten Vaters, der aller Wahrscheinlichkeit nach ein gemordeter Vater ist.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß von dem Momente an, wo „Halsband-Geschichte“ erkrankte, in dem Hausmeier und dessen Spitzgefeilen der Gedanke aufstauete, den aus der Hohenzollern-Art Geschlagenen nicht an die Regierung zu lassen. Die hartnäckigen Verweigerung, ihn chirurgisch aus dem Wege zu räumen, sind bekannt — sie mißlang. Jetzt erfahren wir aber durch Madensie, daß das Leben des Kaisers Friedrich noch um 20 Monate hätte verlängert werden können, wenn die HH. Vergmann und Konforten nicht gewesen wären. Daß diese Herren ohne Plan und Ueberlegung gehandelt, wird Niemand annehmen können. Sie haben sich als gemeine politische Werkzeuge erwiesen, und weisse Werkzeuge sie sind, und was von ihren Brodgebern erstrebt wurde, das wissen wir, und wir können unsere Schlüsse daraus ziehen.

Das Vorgehen gegen Geffken, den Veröffentlichung des „Tagebuchs“ paßt zu der Niedertracht, die wie ein rother Faden durch die ganze Tagebuchgeschichte geht. Trotzdem er freiwillig zurücktrat, wird er brutal auf der Straße verhaftet und wie der denkbar schwerste Verbrecher behandelt, bloß um die Philister glauben zu machen, er habe Einvernehmen verschuldet. Man vergleiche hiermit die schonende Behandlung, welche dem Lump Ehrenberg zu Theil ward, der, obgleich des Hoch- und Landesverrats überführt, nicht einmal in Untersuchungshaft genommen ward! Das ist die Justiz im heutigen Deutschland!

Als spezifisch reichsdeutsche Eigenthümlichkeit muß noch der bodenlosen Feigheit der Buchhändler, welche die „Tagebuch-Bruchstücke“ veröffentlichten, erwähnt werden. Diese Jämmerlinge, — sie heißen Gebrüder Vögel, Verleger der „Deutschen Rundschau“, haben Geffken sofort an die Staatsanwaltschaft verrathen. Prüf! Geffken selbst ist ein unabhängiger Konservativer, der aber dem Bismarck'schen System niemals huldiate, und das läßt wenigstens die Hoffnung aufkommen, daß er seine Sache mit Festigkeit durchkämpfen und dem System Bismarck die Brutalität, die es gegen ihn losläßt, doppelt und dreifach heimzahlen wird. Sind sie auch keine Selbsten, so haben im Allgemeinen die Konservativen in politischen Prozessen meist mehr Schneidigkeit erwiesen, als der heutige deutsche Liberalismus.

Das Reichsgericht, vor welchem die Sache jetzt schwebt, wird sich des Vertrauens seines Herrn und Meisters Bismarck gewiß würdig zeigen. Es hat schon so viele Proben seiner Devotion geliefert, daß der Hausmeier keine Sorge zu haben braucht. — Gerade loben hat es in dem Prozeß gegen Grillenberger sich wieder einmal glänzend bewährt. Grillenberger war von der Anklage, eine verbotene Schrift verbreitet zu haben, freigesprochen worden, weil er den Beweis erbringen konnte, daß er nach der Zeit, wo ihm das Verbot — es handelt sich um das letzte Parteimanifest — bekannt geworden, keine Exemplare mehr auf die Post gegeben hatte. Nun soll aber die Post nach Bekanntwerden des Verbots Exemplare verfrachtet haben, die vorher von Grillenberger aufgegeben waren. Und das sei auch Verbreitung durch Grillenberger — hat das Reichsgericht ausgeurtheilt und das freisprechende Urtheil kassirt!

Deutsches Reichsgericht — das sagt Alles.

Ihr erndtet jetzt, was Ihr gesäet. Wie tief die schmähliche Liebedienerei des Schweizerischen Bundesraths gegenüber der deutschen Polizei das Schweizer Volk erbittert hat, dafür mehren sich die Anzeichen mit jedem Tag. Die unabhängige Presse, von den Arbeiterblättern bis weit in die Kreise der liberalen und selbst konservativen Presse ist voll von Entzündungen des Protestes, theils von Privaten, theils von ganzen Körperschaften ausgehend. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, lassen wir hier den Bericht der liberalen „Glerner Nachrichten“ über eine Versammlung des Grütlivereins in Aolis (Stanton Glarus) folgen:

„Der Grütliverein beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung nicht nur mit der erbärmlichen Politik einiger Schleipträger des Herrenthums in unserem Kanton, sondern auch mit der unglücklichen des Bundesrathes. Die Erbitterung über das schmähliche Streikschreiben des Bundesrathes war allgemein und es fielen Aeußerungen, welche deutlich bezeugen, daß durch eine solche bundesrathliche Lösung der sozialen Probleme die Arbeiter nur dem Anarchismus in die Arme getrieben werden. Wohl angelehnt und materiell wohl gestellte Handwerker und Bauern äußerten: Nun, die Gewehre haben wir noch. Ein Anderer meinte: Ich freue mich jetzt, vor der Rede des Hrn. Hammer in Näfels weggelaufen zu sein, denn diese Herren thun ja das Gegentheil von dem, was sie sagen. Es ist alles Schwindel; man sollte an keines ihrer patriotischen Hefte mehr gehn.“

„Ferner wurde darauf hingewiesen, daß man morgen auch den Konservativen, Ultramontanen oder sonst einer Partei das Gleiche thun könne, was man heute den Demokraten, Sozialdemokraten und Sozialpolitikern überhaupst thun will. Es dürfe nur ein radikaler Bundesrath aus Auber kommen. Der geplante Spitzfeldzug könne sich gegen jede dem Bundesrath nicht genehme Ansicht richten, er sei das Grab der Meinungsfreiheit und damit der Freiheit überhaupt.“

Dazu bemerkt die „Arbeiterstimme“:

„So tänts aller Orten und Enden in der Arbeiterschaft nicht nur, sondern auch in andern Schichten der Bevölkerung. Der Bundesrath hat auf Jahre hinaus das Vertrauen der Arbeiterschaft eingebüßt. Sie, die meist bundesfreundliche, zentralistisch gefonnene war, kann sich nicht mehr dazu verstehen, dem Bundesrath noch mehr Gewalt einzuräumen. Kein Nachzulaß der obersten Behörde mehr, so lange diese nicht durch das Volk gewählt und deren Amtstermin eingeschränkt wird, sowie ehe nicht das obligatorische Referendum und das Gesetzesvorschlagsrecht des Volkes auch im Bunde eingeführt ist. Die Kantone bieten unter den jetzigen Verhältnissen uns mehr Schutz gegen den Einfluß der preussischen Gesandten, als der Bund.“

Wer die neuere Geschichte der Eidgenossenschaft kennt, insbesondere ihre Verfassungsgeichte, der weiß auch, von welcher Bedeutung für den Bestand und die Fortentwicklung des Bundes die Stimmen der Arbeiterschaft und der radikalen Demokratie sind. Keine Reform, keine durchgreifende Maßregel wirtschaftlicher und sozialer Natur ist möglich ohne sie, denn sobald die Interessen der Geldherren in Frage sind, stellen sich die Elemente, die sich heute so aufspielen, als hätten sie die Fürsorge für das Wohl der Eidgenossenschaft in Erbpacht, und die, auf ihr gutes Bürgerthum gestützt, mit merkwürdigem Geschick vom Bundes-Suppenlopf heils das Fett abzuschöpfen wissen, ganz unberührt auf die Seite der verächtlichen Federalisten gegen den Bund.

Und diese „unsicheren Kantonsisten“ sind es allein, die der Bundesrath jetzt auf seiner Seite hat; gegen die wirklichen, treuen Freunde des Bundes und seine bisher feinsten Stützen, geht er dagegen in einer Weise vor, als wolle er sie systematisch mit demselben verfeinden. Sie zählen für die sechs Weisen nicht, denn sie tragen ja keine so feinen Röcke wie die andern und können nicht so mit dem Säbel aufschlagen, wie ein pommer'scher Junker.

Wahrlich, eine Politik, wie sie — staatsmännischer nicht gedacht werden kann.

Nur Arbeiterichung. Auf der 61. Generalversammlung deutscher Naturforscher und Aerzte, die in der dritten Woche des Septembers in Köln tagte, erörtert in der Abtheilung für Hygiene Dr. Hensgen, wie der „Frankfurter Jtg.“ geschrieben wird, die nachtheiligen Folgen der Nähmaschinenarbeit, wie sie in Webereien, Spinnereien und anderen der Textilindustrie zugehörigen Etablissements meistens betrieben wird. Die mit derselben verbundene übermäßige Anstrengung, führte er aus, hat ungenügende Blutbildung (Mischsucht) zur Folge und bewirkt häufig auch eine Hemmung in der gesammten körperlichen und geistigen Entwicklung der Arbeiterinnen. Rückgratsverkrümmungen als Folge der schlechten Körperhaltung bei der Arbeit, sowie Puls- und Nerven-Entzündung sollen ebenfalls bei den anhaltend mit der Nähmaschine arbeitenden Mädchen besonders häufig vorkommen. Als wichtigste Maßregeln zur Verhütung der aus der Nähmaschinenarbeit sich ergebenden Schädlichkeiten ist nach Hensgen zu empfehlen, daß die tägliche Arbeitszeit auf 10 bis höchstens 12 Stunden beschränkt werde, daß häufige, wenn auch nur

kurze Pausen die Arbeit unterbrechen, daß Nacharbeit gar nicht geduldet und daß den Näherinnen, wenn irgend möglich, zeitweise eine andere Arbeit zugewiesen werde."

Schade, daß kein Volkstribunal da war, die Versammlung, in der so staatsgefährliche Forderungen wurden, auf Grund des famosen § 9 aufzuheben. Denn im Staate der Sozialreform für Millionäre bedeuten die Reformen, die Dr. Heusinger vorschlägt, so bescheiden sie an sich sind, den leidbühnigen Umsturz.

Aber sie sind notwendig, sie müssen und werden durchgeführt werden, trotz Bismarck-Verschönerer und seiner staatsrettenden Polizei.

Friedrich Engels, der während der Monate August und September auf ärztliche Verordnung einen Ausflug nach Amerika gemacht, ist von der Redaktion der *New-Yorker Volkszeitung* um seine Ansicht über einige Fragen der europäischen Politik befragt worden. Da seine Antworten auch für unsere Leser von Interesse sind, so lassen wir sie hiermit folgen, indem wir namentlich auf die Ausführungen Engels, über die irische Bewegung aufmerksam machen, die manchen bisher hartnäckig festgehaltenen Unter- wie Uebersehungen derselben ein Ende machen dürfte:

Frage: Ist der Sozialismus in England im Fortschreiten begriffen, d. h. akzeptieren die englischen Arbeiter-Organisationen mehr als früher die sozialistische Kritik der wirtschaftlichen Entwicklung und streben sie — in nennenswerthem Umfang — die sozialistischen „Ziele“ an?

Engels: Ich bin mit den Fortschritten des Sozialismus und der Arbeiterbewegung in England ganz zufrieden; diese Fortschritte betreffen aber hauptsächlich in der Entwicklung des proletarischen Bewußtseins der Massen. Die offiziellen Arbeiter-Organisationen, Trades-Unions, die stellenweise reaktionär zu werden drohen, müssen nachhaken wie der österreichische Landsturm.

Frage: Wie sieht es in dieser Beziehung in Irland? Gibt es dort — außer der nationalen Frage — irgend etwas, was im sozialistischen Sinne Hoffnungen erwecken könnte?

Engels: Von Irland ist eine reine sozialistische Bewegung auf längere Zeit nicht zu erwarten. Die Leute wollen erst kleine grundbesitzende Bauern werden und wenn sie das sind, kommt erst die Hypothek und ruiniert sie nochmals. Inzwischen ist das kein Grund, daß wir ihnen nicht helfen sollten, sich von den Landlords zu befreien, d. h. aus einem halbfeudalen in einen kapitalistischen Zustand überzugehen.

Frage: Wie stellen sich die englischen Arbeiter zur irischen Bewegung?

Engels: Die Massen für die Irländer. Die Organisationen, wie die Aristokratie der Arbeiter überhaupt, gehen mit Gladstone und den liberalen Bourgeois und geben nicht weiter als diese.

Frage: Wie denken Sie über Rußland? Das heißt: inwiefern haben Sie Ihre Ansicht modifiziert, — die Sie und Marx vor etwa sechs Jahren bei meiner damaligen Anwesenheit in London äußerten — wonach infolge der nihilistisch-terroristischen Erfolge jener Zeit der Anstoß zu einer europäisch-revolutionären Bewegung wahrscheinlich von Rußland ausgehen würde?

Engels: Bin im Ganzen noch der Ansicht, daß eine Revolution oder selbst nur die Berufung irgend welcher Nationalversammlung in Rußland die ganze Gestalt der europäischen politischen Lage umwälzen würde. Aber dies ist heute nicht mehr die nächstliegende Möglichkeit. Dafür haben wir einen anderen Wilhelm.

Auf die Frage, wie er wohl die heutige europäische Lage charakterisieren würde, entgegnete Engels: Ich habe seit sieben Wochen keine europäische Zeitung in der Hand gehabt, bin also nicht im Stande, irgend etwas, was da drüben vorgeht, zu charakterisieren. Damit, heißt es, schloß die Unterredung.

Des Wunderkaisers erste That. Folgende Notiz entnehmen wir der *Arbeiterstimme*:

Nachdem Wilhelm II. sich zuerst durch seine schönen Reden berühmt gemacht hat, hätte er füglich beinahe seine erste „That“ begangen. Das *Berliner Tageblatt* brachte über das denkwürdige Ereignis folgenden Bericht, den wir, um ihn zu brandmarken, unverändert wiedergeben:

„Bei der Rückfahrt auf Hirsch, welche der Kaiser in Gemeinschaft mit dem König von Schweden am Freitag Vormittag im Wildpark abhielt, ereignete sich, wie ein Potsdamer Korrespondent berichtet, folgendes Vorkommnis: Der Wildpark war in seiner ganzen Ausdehnung abgeperrt, so daß Diebstahl, die sonst den Weg nach Werder durch den Park zu nehmen pflegten, außerhalb desselben entlang gehen mußten. Auch der Wäldnermeister Seidel sah, aus Potsdam hatte diesen Weg eingeschlagen und war bis in die Höhe des Establishments Kuffort gekommen, als er plötzlich auf ein Kugel Hirsch aufmerksam wurde, das innerhalb des Parkes, dicht am Ufer desselben in wilder Pracht dahinjagte. In demselben Augenblick ertönte ein Schuß und eine Kugel sauste dem alten Herrn dicht am Hals vorbei und schlug in die Nähe der Wäldnermeister Seidel. Er sprach blickte Seidel um sich und sah im Wildpark den Kaiser mit seiner Jagdgemeinschaft. Ein im Graben liegender Förster rief Seidel zu: „Werfen Sie sich nieder, der Kaiser jagt!“ Kaum war dies von Seidel ausgeführt, so sauste eine zweite Kugel vorüber. Auf dem Potsdamer Wochenmarkt wurde heute der vom König von Schweden geschossene Hirsch verkauft.“

Kann ein satanischer Anarchist die Zustände in Deutschland wohl grauenhafter und schwarzer schildern, als obiger Bericht es thut?

Man bedenke: Der deutsche Kaiser fröhnt seinen brutalen Vergnügungen in einer so sehr allem Ansehensweiße, und jeder Rücksicht auf das Leben Anderer Hohn sprechender Weise, daß friedliche Bürger, welche auf öffentlicher Landstraße ihrem Geschäft nachgehen, in unmittelbarer Lebensgefahr geraten und ein Nord nur durch Zufall verhütet wird. Und eine der verbreitetsten deutschen Zeitungen berichtet über diesen grauenhaften Vorgang, wie über etwas ganz Natürliches und Alltägliches, ohne ein Wort der Entrüstung oder auch nur Mißbilligung, fügt vielmehr zum Schluß den klaffenden Satz hinzu:

„Auf dem Potsdamer Wochenmarkt aber wurde heute der vom König von Schweden geschossene Hirsch verkauft!“

Es wäre in der That unmöglich, den Charakter des rebelligen Kaisers und die tiefe Verkommenheit und Ehrlosigkeit der deutschen Journalistik treffender zu zeichnen; der künftige Kulturhistoriker der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts kann obigen Bericht als typisch für unsere Periode seinem Werke vorandringen. Wilhelm scheint übrigens schon zu ahnen, wozu er treibt: Er sieht fast aus, wie Infanti, daß er sich so feig im „Reifen in's Ausland“ übt.

Den Spieß der Gefährlichkeit hat bei der Tagebuch-Hege wiederum das Blatt erreicht, welches die ehrende Mission obliegt, die ehrsamem Bürger der Stadt Dresden politisch zu verlampeln. Die *Dresdener Nachrichten*, die seinerzeit den famosen Artikel „Fort mit der Frauenzimmerpolitik“ fertig brachten, — jetzt würden sie sich schäme hüten, einen solchen Auf auszustößen — halten sich für schief genug, den Unrath, den Bismarck über das Grab des verstorbenen Gegners gepossen, noch recht behaglich nach allen Richtungen hin auszuspatzen.

Man höre nur:

„In der Person Dr. Gessens-Damburg macht die Welt die Bekanntheit eines Mitgliedes der vornehmen Ligue, in welcher Bismarck seine gefährlichsten Gegner befigt. Ihren gegebenen Mittelpunkt hatte diese hundert zusammengefügten Würfelte Widersacher-Schaar in der Hofhaltung der damaligen Kronprinzessin. Wir wissen jetzt, daß und warum der Kronprinz von seinem Vater fern von den Staatsgeschäften gehalten wurde und sich in thalotischen Hindernissen und Aufschüßlerbauten beschäftigte. Das war so der richtige Boden für die gelehrten Kluglöser, die Bismarck Rathgeber von zweifelhafter Befähigung genannt hat. In ihnen gehörte Dr. Gessen, und er empfahl sich durch seine englischen Beziehungen ganz vorzugsweise der Engländerei (!), die den Kronprinzinnen ungarnet beliebt.“

Zu Gessens Entschuldigend dient es einigermaßen, daß der nachmalige Kaiser Friedrich es als statthaft gehalten hat, einer größeren Anzahl von Personen, sogenannten „Vertrauten“, Ab- und Umstände seines Tagebuches zur Verfügung zu stellen, als wären es die Aufzeichnungen eines x-beliebigen Privatmannes. Bei aller schuldigen Ehrerbietung (schuldigen Ehrerbietung!) gegen den unglücklichen Fürsten

müssen wir da aber doch sagen: Ungeheuerlich ist es denn doch, ein solches Verfahren seitens eines Thronerben und Kaisers. Würde er längere Zeit nach solchen Grundrissen regiert haben, er selbst und das deutsche Reich hätten da ganz eigenthümliche Folgen erlebt. Ein Tagebuch mit solchem Inhalt bringt in der That Staatsgeheimnisse, deren Bekanntheit das Wohl des Reiches und seiner Bundesmitglieder gefährden mußte.“

Da haben wir's, der einst als „Unter Freig“ hundebemühtig angewinkelte Kronprinz ein gefährliches Reichsheft. Engländererei ist natürlich nur eine, für den Staatsmann bestimmte Umschreibung für Engländerin. Den Muth der Niedertracht hat das Gefindel, aber nach dem Muth der christlichen Ueberzeugung wird man vergebens bei ihm suchen. So wird denn eine Weile gegen die Engländerin gedonnert, bis es schließlich heißt:

„Diese Engländerin aber hat dem Andenken Kaiser Friedrichs durch Abdruck seines Tagebuchs (wir wiederholen es) den schlimmsten Dienst geleistet. Das Tagebuch mußte den Fürsten Bismarck in die Schranken rufen. Dieser hat nicht gedögert, den früheren Kronprinzen der Nation als das vorzustellen, was er wirklich war. Er that es — nothgedrungen. Er hat dazu die Ermächtigung des jetzigen Kaisers eingeholt. Wir danken es ihm, daß er, der Sohn des unglücklichen Kaisers Friedrich, dem Kaiser erlaubte, die dürftige Rolle zu schildern, welche Kaiser Wilhelm I. im Staatsinteresse seinen Sohn spielen lassen mußte.“

Was hätte das Byzantinische, was das Frankreich Bonaparte's Gekleiderregendes auf dem Gebiete händlicher Kriecherei aufzuweisen als dieses „wir danken es ihm“?

Und um so edelhafter als gerade von den *Dresdener Nachrichten* ausging. Dieses Blatt hat jahrelang in säkularischem Particularismus gemacht und spielt auch noch heute gern kein Sachkenntnis aus, soweit die Mode es mit sich bringt, die ja, seit Bismarck's Kornzölle und Schnapssteuerreform das Landjunkerthum, und seine Schützlinge und „Sozialreformer“ die Schlot-Kristokraten bezaubert hat, im Allgemeinen jetzt mehr auf „reichsten“ lautet. Nun weiß man, und durch die Mittheilungen des freiconservativen Professor Delbrück ist es bestätigt worden, daß wenn Sachse 1806 nicht an Preußen angetreten wurde, dies mit ein Verdienst des damaligen Kronprinzen von Preußen war, der in dem darüber zwischen Bismarck und dem alten Wilhelm, der die Annexion wollte, ausgebrochenen Streit gegen letzteren eintrat. So mußte, wenn es einen Franken von Gefinnung hätte, schon die Dankbarkeit das *Dresdener Blatt* verhindern, eine solche Gemeinheit zum Besten zu geben. Aber siehe jemand Gefinnung bei einem Dieben. Sein Sachkenntnis war Mode, wie seine Reichstreue Mode ist. Selbshänderei, Vandalenerei vor dem Götzen des Tages, das ist die Maxime, an die er sich hält, und die den obigen Artikel diktierte. Die deutsche Journalistik weiß keinen verächtlicheren Typus auf.

Kaiser Wilhelm ist kein Antisemit, so verkündet seit Wochen triumphirend das — antisemitische nationalliberale Zeitungsgewölbe. Anfangs wurde diese Nachricht mit verächtlichem Mißtrauen aufgenommen, jetzt aber hat sich herausgestellt, daß sie durchaus auf Wahrheit beruht. Der als Freund des Stöcker schmähslich verkannte Hohenzoller hat den Berliner Finanzjuden vielmehr einen Beweis seines höchsten Wohlwollens zu Theil werden lassen, er hat sie, wie die *Vossische Zeitung* zu melden weiß, durch den Vizepräsidenten Tschow freundlich „einladen“ lassen, sich an einem „humanitären Abend“, der der Kaiserin zur Verfügung gestellt werden soll, durch Beitragsleistung zu betheiligen, ferner, wie die *Schnaps- und Weinkraut* nichts herauszutragen ist. Die Art, wie diese „Einladung“ erfolgte, würde vor unter andern Verhältnissen als Erpreßung unter das Strafgeßel fallen, im vorliegenden Falle wäre jedoch eine solche Bezeichnung durchaus unangemessen, die Herren Meyer, Cohn u. s. w. waren vielmehr von der ihnen zu Theil gewordenen Ehre ganz entzückt und zeichneten nicht unerhebliche Beiträge für die — innere Mission. Die Juden dem protechtantischen Minderthum tributpflichtig gemacht, wer darin nicht die schärfste Desavonirung des Stöcker'schen Antisemitismus erblickt, der ist wirklich sehr unbedeutend.

Hebrigens sind die Cohn, Meyer u. von der Berliner Börse der ihnen zu Theil gewordenen Behandlung durchaus würdig. Um ihnen die Wille zu verüßen, war nach der *Vossischen Zeitung* bei der freundschaftlichen Frey — nicht doch, Einladung, ausdrücklich betont worden, daß die Befolgung des Stöcker aus der Stadtmission auf alle Fälle erfolgen solle.“ An dem Wesen der Stadtmission hätte das natürlich nichts geändert, aber es wäre doch ein Zugeständnis, ein Pfaster auf die Wunde gewesen.

Was geschieht mit dessen?

Auf die Nachricht hin, daß das für die preussischen Landtagswahlen in Aussicht genommene Kartell zwischen Konservativen und Nationalliberalen in Berlin an der Weigerung der Letzteren gescheitert sei, den Stöcker als Kandidaten zu akzeptieren, erklärt das Organ der Herren von der Börse, die *Berliner Börsen-Zeitung*, daß sie die Hoffnung hege, das Kartell werde doch noch zustande kommen, und zwar dadurch, daß die Nationalliberalen und Freikonserverativen nachgeben, d. h. sich dem Stöcker unterwerfen.

Die Börse für den Stöcker, was soll da die Entfremdung des Mannes für einen Zweck haben? Es wäre eine unverdiente Kränkung der Herren Meyer, Cohn und Company.

Die Börse für den Stöcker — das ist beiläufig das rechte Verhältniß für beide Theile. Der christlich-soziale Gidesheitiger war der Börse ersthaft nie gefährlich. Was sich liebt, das necht sich, schimpft sich auch zuweilen, aber schließlich findet es sich doch wieder zusammen. Die Börse, das ist der Profit, und dem Profit ist der Stöcker nie zu Liebe gegangen. Seine Mission war, aus der Börse die „liberale Geist“ auszustreben, und das ist gelungen, die Meyer, Cohn und Konjorten haben haben schon bei der letzten Wahl parteiliberlich gewählt, und werden es auch diesmal thun. Sie sind zu Kreuze gefahren, und wenn die Kartellbrüder jetzt den Mann, der ihnen so wader in die Hände gearbeitet, fallen lassen, dann erweisen sie sich sehr undankbar. — Hab's Dich bezeichnen, Adolfsleben, nur auf der Börse weiß man Dich zu schätzen!

Schändlich verläumdelt. Das *Berliner Tageblatt* hatte, angeblich von hochgeschätzter Seite betreuend, die Meldung gebracht, daß der deutsche Kaiser gegen die Einleitung des Strafverfahrens in Sachen der Veröffentlichung des Tagebuchs Friedrich III. gewesen sei, und daß Bismarck seinen ganzen Einfluß habe anzuwenden müssen, um diese Einleitung durchzusetzen. Ebenso habe Bismarck die Veröffentlichung seines — von Veröffentlichungen der Ästern des Kaisers mitnehmenden — Inmediatsberichts nur dadurch durchsetzen können, daß er von derselben sein ferneres Verbleiben im Amte abhängig machte.

Diese Angaben werden in einem offiziellen (halbamtlichen) Artikel der *Norddeutschen Allgemeinen* als „dreiste und läugerische Erfindung“ erklärt.

Schade, daß die biedere *Norddeutsche* nicht auch hinzufügte: verläumderte, denn es ist sicher eine schwere Verläumdung des Kaisers, von ihm vorauszusetzen, daß er auch nur einen Augenblick daran gedacht hat, so zu handeln, wie jeder anhängende Mensch an seiner Stelle unbedingt gehandelt hätte.

Inmerhin sind wir dem Bindertblatt sehr dankbar, daß es der Erste des *Berliner Tageblatt* so schnell das Dementi hat folgen lassen. Dem Bestreben dieser und anderer Matichbasen, dem jeweiligen Herrscher Eigenschaft zu gundichten, die er nicht hat, und ihn von der Verantwortung für Dinge zu reinigen, die das Gegentheil jener Eigenschaften bedecken, diesem byzantinischen Egoismus kann nicht energisch genug entgegen gewirkt werden.

Die französische Regierung hat ein Dekret erlassen, durch welches alle Ausländer, die sich länger als acht Tage in Frankreich aufhalten, verpflichtet werden, sich bei der Polizei anzumelden und unter Vorlegung von genügenden Anzeigenschriften denselben genaue Angabe über ihre Herkunft, Mittel, Beruf, Zweck ihres Aufenthalts u. s. w. zu machen. Wir stimmen mit der Wiener *Gleichheit* durchaus überein, welche mit Bezug auf dieses Dekret schreibt:

„Das Gesetz ist ein reaktionäres, wenn es auch, wie es scheint, zum Theil auf die Symphonie der indifferenten französischen Arbeiter erachtet, welche der Hungertouren der Italiener sich auf diese Weise erdreht, welche mollen. Unsere Parteigenossen in Frankreich haben wiederholt erklärt,

daß sie gegen jede Beschränkung der Fremdwanderung sind und daß ein unständiger Minimallohn, unter welchem zu arbeiten verboten wäre, zum Schutze der französischen Arbeiter ausreichen würde. Freilich davon will die „radikale“ Regierung Nichts wissen, denn dieser Schutzwürde aus den Taschen ihrer Auftraggeber, der Unternehmer, gezahlt werden müssen.“

Wir sagen nochmal: eine reaktionäre Maßregel! Und wir dürfen das sagen. Wenn aber die Ordnungspregmente über „Reaktion“ zittert und sich pharisäisch in die Freiheitstheoburgläute Brust wirft, dann gebührt ihr wieder jener verächtliche Fußtritt, der ihr tägliches Manil bilden sollte. In Ländern wie in Oesterreich und Deutschland, wo nicht der Fremde, nein der Einheimische, das treue „Landeskind“, wenn es mittellos ist, von Ort zu Ort „schubirt“ wird, wo „Substitutionslosigkeit“ ein Verbrechen und zwar das größte ist, im Lande der Bagabunden gesetzte sollte man füglich, notabene wenn man eine Stütze dieser schönen Ordnung ist, das Maul halten über Schikanirung der Fremden in — Frankreich.“

Wir bedauern die Schlußfassung, zeigt ganz besonders der gottesle Schimpf-Artikel, den Bismarck's „Norddeutsche“ dem Dekret widmet, das übrigens in Frankreich durchaus nicht den Beifall findet, den Herr Floquet vielleicht einheimischen gehofft hat. Gerade im Lande der Polen-ausweisungen, der fortgesetzten Maßregeln gegen Dänen in Norddänemark und Franzosen im Elsaß, hatte man Ursache, sein still zu schweigen, zumal erst vor ganz kurzer Zeit, gelegentlich der Verhängung der Maßmaßregel über Elsaß-Lothringen die „Norddeutsche“ offiziös geschrieben hatte:

„Wir wünschen entferntere Beziehungen zu Frankreich, und französische Gegenmaßregeln würden der deutschen Staatsleitung lediglich willkommen sein.“

Trotzdem nimmt das Bismarck'sche Hauptrecht seinen Anfang — woher sollte ihm der freilich kommen — u. s. folgenden Satz zu leisten:

„Für Deutsche ist die Moral der Geschichte wohl nicht schwierig zu erlassen. Ein Staat, welcher an der Würde des von früher übernommenen Aufes der Gerechtigkeit so schwer trägt wie Frankreich, kann für unsere Landsleute unmöglich viel Anziehungskraft besitzen. Mehr als bisher noch wird daher in Zukunft jeder Deutsche, der seinen Fuß über die westliche Grenze setzt, sich darüber klar werden müssen, daß er damit aus der Kultur in die Barbarei übertritt und durchsich sein Recht hat, sich zu beklagen, wenn er mit den landesüblichen wilden Bräuchen und Instinkten in für ihn unangenehme Berührung geräth.“

Sier ist die Unverschämtheit wirklich so weit getrieben, daß sie nur noch Lachen erregen kann. „Wilde Bräuche“ und „aus der Kultur in die Barbarei!“ Als ob die Vorschriften des Dekrets nicht nur Kultur an das herantriebe, was in Deutschland die Polizei den Fremden — was, den Fremden? — den eigenen Landesangehörigen auferlegt. Aber wozu darüber mit einem Pindar und dessen Herrn und Gelehrter streiten. Daß sie sagen, wissen sie, aber daß sie sich einbilden, daß sie nicht ihre verlogenen Darstellungen glaubt oder ernst nehmen, das zeigt recht deutlich, wie alterstisch wach der Reichs-Telegraphen-Verwaltungsfabrikant zu werden beginnt.

Hebrigens an sich lassen wir den Vergleichsmaßstab gelten. Je größer die Polizeipladereien, desto barbarischer die Verwaltung des betreffenden Landes. Ein vortreffliches Motto für die nächste Verlängerung des Schandgesetzes.

Zur Naturgeschichte der Drohbriele. Wie die „Münchener Post“ von einem unbedingt zuverlässigen Gewerbetreibenden erzählt, hat der neulich als Spigel entlarvte Barockdenkmalger Baublinger in den Jahren 1882 und 1883 inematisch die Fabrikation von Drohbriele betrieben. Ein Schneider, der damals mit Baublinger bei Hofenfabler in Frankreich arbeitete, wurde von W. durch die Vorspiegelung, daß der Sozialdemokratie ein guter Dienst geleistet würde, dazu verleitet, anonyme Drohbriele auf sein Diktat aufzusetzen. Diefelben enthielten namentlich die Drohungen, daß man das Gebäude der Frankfurter Polizei, sowie das „Reichsgericht mitnahm dem Reichs — in die Luft sprengen werde! Diese Briefe diktierte von Arriana bis zu Ende Baublinger seinem jugendlichen Arbeitskollegen und sandte sie dann an die Polizeidirektion Frankfurt a. M. für die dann dieses „Material“ eine große Rolle spielte. Um sich selbst aber gegen allen Verdacht zu sichern, betheiligte er sich selbst an der Entlarung eines anderen Spigels, den er gehörig durchbläute.“

Das Letztere ist nicht ganz richtig. Baublinger behauptete nur, einen Spigel entlarvt und durchgeprügelt zu haben. Ursprünglich schenkte man seiner Erklärung auch Glauben, später aber ärgerten viele, die Baublinger genauer kennen lernten, den Verdacht, daß die Geschichte von W bis J erkundet sei. Das dürfte wohl auch stimmen.

Was nun die Drohbriele-Fabrikation anbetrifft, so kommt die Feststellung, daß ein Spigel sich derselben gewidmet, gerade jetzt sehr zeitgemäß, wo von allerhand lächerlichen Drohbriele geschweift wird. Es sollte sich eigentlich jeder vernünftige Mensch sagen, daß ein Drohbriele unmöglich von Leuten herrühren kann, die im Ernst Attentate oder dergleichen planen, denn dann haben sie alle Gründe, keinen Verdacht zu wecken. Aber trotzdem finden sich immer noch Leute, die auf den Lügling dieser Drohbriele hineinfallen, dieselben für bare Münze nehmen. Diese mögen es sich ad notam nehmen, was für eine Menscheklasse es ist, die mit Vorliebe Drohbriele schreibt.

Außer den Spigeln thut das eigentlich nur noch harmlose Witzköpfe, Patsche und dergleichen.

Ein Beispiel trefflicher Disziplin. Wie wir bereits in der vorigen Nummer in der Lage waren, mitzutheilen, hat sich die Redaktion der *Tapezierer-Ztg.* endlich veranlaßt gesehen, ihre Beziehungen zu dem Polizeispigel R. w. er abzurufen. Insofern kommt der nachfolgende Bericht aus New-York, der uns mit der Bitte um Veröffentlichung jaght, sozusagen post festum, wir halten uns aber doch verpflichtet, ihn abzurufen, schon wegen des vortrefflichen Geistes, der aus ihm spricht. Er lautet:

Die Abonnenten der deutschen *Tapezierer-Zeitung* hielten am 20. September 1888 in Herzogs Halle zu New-York eine gemeinschaftliche Sitzung ab. Zweck der Sitzung war, Stellungnahme zur *Tapezierer-Zeitung* und gegenüber den Warnungen des „Sozialdemokrat“ gegen den Drucker des genannten Blattes W. Röwer. W. Röwer wurde Anfangs dieses Jahres vom Sozialdemokrat als Polizeispion öffentlich gebrandmarkt, trotzdem hat der Herausgeber bisher keinen Wechsel des Druckers vorgenommen, weil ihm die Beweise des „Sozialdemokrat“ nicht genügend seien. Die Versammlung sieht sich veranlaßt, einem Blatte wie dem „Sozialdemokrat“ vollständig Glauben zu schenken und beauftragt, folgenden Beschluß der *Tapezierer-Zeitung* und anderen Blättern zur Veröffentlichung zuzuwenden:

„Die heute, am 20. September 1888, tagende Versammlung der Abonnenten der *Tapezierer-Zeitung* beschließen, die Zeitung aufzufordern, ihren gegenwärtigen Drucker W. Röwer, welcher vom „Sozialdemokrat“ als Polizeispigel entlarvt und als solcher öffentlich bekannt gemacht worden, abzuschaffen, andernfalls sämtliche Abonnenten in New-York ihr Abonnement aufgeben, da sie es unter ihrer Würde halten, einem gemeinen Polizeispion in seiner Kränkung fortzusetzen. Doch sind wir jederzeit einverstanden, falls ein Wechsel stattgefunden, das Abonnement wieder aufzunehmen und für stetige Verbreitung Sorge zu tragen. Mit brüderlichem Gruß

Das Komite.
Eugen Grünberg, Karl Dorich,
Ernst Brill.

Im Anschluß an dieses hoch anerkennenswerthe Beispiel ächter Parteidisziplin fühlten wir uns veranlaßt, noch einmal zu betonen, daß wir uns der Fühlten, welche aus diesem Vertrauen der Genossen sich für uns ergeben, durchaus bewußt sind und mehr als je darauf achten werden, keine Vererbung ergeben zu lassen, für die nicht vollgewichtige Gründe vorliegen.

Wie schlecht die Könige doch bedient werden. Nachdem das Wunderkind, das angeblich den Thron von Preußen zielt und Deutschland als Kaiser beglückt, sich durch seine Redewuth so merkwürdige Lorbeeren zugezogen, ist ihm bekanntlich jetzt von Antonswegen ein „Steno-graph“ an die Seite befohlen worden, der alle für die Öffentlichkeit bestimmten Reden der Majestät sofort stenographisch in's Reine bringt,

will sagen von allen „Genialitäten“ reinigt, so daß jeder, der sich etwa beifolgt lassen wollte, das, was der beste, schönste und begabteste aller Hohenpostler wirklich gesagt, dem Volke mitzuteilen, wegen Verleumdung, Fälschung u. dergleichen fann, vorangeht, daß man ihn nicht wegen „Verraths wichtiger Staatsgeheimnisse“ einen hochpostulierten Hoch- und Landesvertragspropheten anhängt.

Nun wollen wir gerne zugeben, daß die Aufgabe des Jenseits — Verzeichnung Stenographen keine allzu leichte ist, aber dauerlich bleibt es doch, daß der Herr über die Maße, die seine weltliche Aufgabe in des Kaisers Neben in acht Reihen umzusetzen muß, ganz und gar vergißt, die kritischen Böden bei Seite zu lassen, die seine Majestät allerdings zu schätzen geruht. Man lese z. B. den ganz kurzen Trinkspruch, den die Majestät bei ihrem Besuch in München als Antwort auf die Begrüßung durch den Prinz-Regenten vom Stapel gelassen:

„Als durch des Himmels unerforschlichen Rathschluß Ich nach dem Tode meines geliebten Großvaters und Vaters
Beim das ein Quartaner geschrieben hätte, so würde er dafür von seinem Lehrer die Hörschen framm gezogen bekommen. „Zum Donnerwetter, hast du denn Vater und Großvater in Euer Verlor geholt?“ Nun ist es ja freilich richtig, daß beim frommen Wilhelm der „geliebte Vater“ nicht fehlt, und weiterhin läßt er ihn denn auch ruhig fort, aber wenn er ihn in der Einleitungsprache selbst nur so nebenbei mitnimmt, so muß er darnach den Sprachbau einrichten, die Grammatik fragt nicht nach den jährlichen Sonnenergrößen eines Kaisers und händelt noch so viel Bajonnette hinter ihm.

Jedoch an dem einen Post ist's nicht genug. Weiterhin lesen wir: „... unter dem überwältigenden Eindruck des großartigen Empfangs Ihres Hauses und Volkes.“

Dieser Satz würde sogar einem Scharnen Nachsehen zuziehen, denn nicht Wilhelm hat „Haus und Volk“ des Mittelbaders den Empfang bereitet, der überwältigend gewesen sein soll, sondern umgekehrt.

Von kleineren Böden sehen wir ab. Genug, jeder loyale Deutsche wird mit uns übereinstimmen, daß Kaiser Wilhelm schlecht bedient ist.

Im Anschluß an das Vorstehende sei ein Vorkippl mitgetheilt, das jetzt in dem gott- und ehrvergessenen Berlin zirkulirt. Zwei ächte Sprechstücker stehen vor dem Schaufenster eines Bilderhändlers, als der Herr die Photographie Friedrich III. und Wilhelm II. bemerkt. „Ach“, sagt er zu seinem Nachbar, „da sind ja die beiden seligen Kaiser.“ „Wieso denn“, fragt der Andere, „Wilhelm II. lebt doch noch?“ „Stimmt“, lautet die Antwort, „ich meine man bloß, der Eine ist hochselig und der Andere reibselig!“

Also doch! Von befreundeter Seite werden wir daran aufmerksam gemacht, daß die „Autonomie“ in ihrer Nr. 56 vom 6. Oktober an ganz unangenehm Stelle lakonisch die Notiz bringt:

„Die Populäre Genossen haben Kaufmann aus ihrer Gruppe „Freiheit“ ausgeschlossen.“

Man merkt es dieser Fassung an, wie schwer es den Machern der „Autonomie“ geworden, den Besuch mitzuteilen. So schiedlich Kaufmann, ohne jedes Beinoort, ein Artikel, um den sie doch sonst nicht verlegen sind, — das regt zu ganz merkwürdigen Gedanken an.

Was aber die Leute in Poplar anbetrifft, so freut es uns, freustellen zu können, daß wir uns in ihnen geirrt und den in unserer Nr. 37 in Bezug auf die von ihnen eingeleitete Untersuchung ausgesprochenen Verdacht zurücknehmen können.

Böse Jungen hatten die Nachricht ausgeprengt, daß im Hinblick auf ruckbar gewordene furchtbare Attentatspläne die Spitzelarmee, die den deutschen Kaiser auf seinen Fahrten begleitet und je nach Bedürfnis „Volk“ darzustellen hat, erheblich vermindert worden sei. Das ist aber, wie jetzt offiziös verkündet wird, eitel Verleumdung. Nach wie vor ist es nur das übliche halbe — Groß-Nichtstuer, die Wilhelm II. vor allparteilichen Lieb- und Verehrungsbezeugungen zu hüten haben.

Dam kommen dann natürlich noch die ebenfalls als Volk verkündeten „Jubiläumswachen“, die von den Sozialbehörden der Orte gestellt werden müssen, die der Wutgigste aller Menschen, die je gelebt, mit seinem Besuch beehrt. Aber das sind auch nur ein paar Individuen. So mußten z. B. in Wien beim Einzug des deutschen Kaisers, wie die sehr preislich gekannte „Neue Freie Presse“ erzählt, nehm dem Militär, bloß 1200 Mann Sicherheitswache und das gesamte Detachement längs des Weges aufstellen nehmen. Zu welchem Zweck? Nun, die „Gleichheit“ meint, um dem Wunsch Wilhelms Rechnung zu tragen, daß die Zusammenkunft in Wien den Charakter des Familienfestes tragen möge. Man war auf diese Weise „höflich unter sich“.

Was nun die oben erwähnten Attentatsgerüchte anbelangt, so wollten wir sie anfangs nicht recht glauben; als wir aber lasen, daß der brave Polizeikommissar Krüger in Berlin noch im Rufe ist, die rechte Hand Puttkammers, da mußten wir sofort, daß die Gerüchte — ächt waren. Und nun wissen wir auch, warum Herr Krüger kommandirt worden ist, den Wilhelm nach Rom zu begleiten.

Wächst sie aber und macht sich groß, dann geht sie auch am Tage bloß. Das Bismarck'sche Oberreptil, die „Mölnische Zig.“, hatte neulich die Schamlosigkeit, folgenden Bericht zu veröffentlichen:

„Friedrichsruh, 30. September. Gestern wurde auf der in den Bismarck'schen Waldungen bei Friedrichsruh belegenen Imprägnationsanstalt der Reichspostverwaltung ein in seiner Art bis jetzt wohl einzig dastehendes Fest — die Abfeier der hunderttausendsten Reichstelegraphenstange — gefeiert, zu welchem die Spitzen der in Betracht kommenden Reichs- und Landesbehörden, Oberpostdirektor stuhl aus Hamburg mit mehreren seiner Räte, Landrath v. Dolgauer-Kojerowich aus Kassel, Landvogt Jacobson aus Schwarzenberg, Forstmeister Hilers und Oberförster Lange sowie eine Reihe von anderen zu dem Feste in mehr oder minder nahen Beziehungen stehenden Herren erschienen waren. . . . Nachdem Herr Gutshäufiger Riehn aus Böhmen, unter dessen Leitung sämtliche hunderttausend Stangen zur Anlieferung gelangt sind, die Gäste in berechneten Worten willkommen geheißen hatte und die blumengeschmückte Jubelstange — eine kernige, wetterfeste Stange aus dem fürstlichen Forsten — herangefahren worden war, nahm Herr Oberpostdirektor Riehl das Wort, um in längerer zündender Rede ein Hoch auf den Kaiser Wilhelm II. und daran anschließend auf den fürstlichen Reichsminister und den Staatssekretär Dr. v. Stephan auszubringen. Darauf folgte eine Besichtigung der ganzen Anstalt und eine Fahrt im offenen Wagen durch den herrlichen Sachsenwald nach Schloß Reimbeck, woselbst der Teilnehmer ein lukullisches Gabelfrühstück horrte, zu welchem Gott Bacchus seine edelsten Gaben spendend hatte. An das Frühstück schloß sich gegen Abend ein großes Festessen in Waldesruh bei Friedrichsruh, an welchem das gesamte in Betracht kommende Forstpersonal der fürstlich v. Bismarck'schen und lauenburgischen Staats- und Gemeindevormaltungen sowie zahlreiche andere Herren mit ihren Damen theilnahmen und wobei der Strom der Reden und Lieder mächtig floß. Ramentlich war es das Plumberger'sche Lied „Mitteldeutschlands Lösungswort“ (Wir Deutschen fürchten niemand, als nur Gott allein), welches hierbei die Begeisterung der ganzen Versammlung mächtig anregte und wiederholt kräftig gesungen wurde. Ein Festball, der bis zum andern Morgen währte, schloß die in allen ihren Theilen hochgelungene Feier. Zu erwähnen dürfte noch sein, daß die Jubelstange nach mündlichen Aeußerungen des Oberpostdirektors Riehl am Abzweigungspunkte der Reichstelegraphenlinie von Friedrichsruh aufgestellt werden soll.“

Nicht genug an dem Stand, daß der erste Beamte des Reiches mit demselben Aeußerungsgehalte macht wie der erste Ge Privatbesitzer, daß sich die an dem einträglichen Geschäft Beteiligten bei einer so „freudigen“ Gelegenheit wie die oben geschilderte in äppigster Weise ähnlich thun, als ob der Sachsenwald nicht von Rechts wegen dem lauenburgischen Volke gehörte, besigt man auch noch den Rath, den Bericht über diese Sündenbühne an die große Glocke zu hängen. In Bezug auf das Maß der herrschenden Korruption hat Deutschland die berühmtesten Korruptionsländer längst erreicht, in Bezug auf die Freiheit derselben stellt es sie tief in den Schatten. Wir Deutsche fürchten niemand als nur Gott allein, singt das Gebübel weinbedürftig. Das „Niemand“ stimmt in seinem Munde natürlich ebenso mit der Wirklichkeit überein wie im Munde dessen, der den famosen Spruch zuerst zum Besten

gegeben und gleich darauf vor dem Jura zusammenkniffte, aber daß diese Art Deutschen vor der Theilnahme an dem schimpflichsten Gännerschaftshandel nicht zurückschreckt, diesen traurigen Ruhm wird ihnen Niemand streitig machen.

Gegen die Andreiherei. Man schreibt uns: Vor einigen Monaten mußte der „Sozialdemokrat“ schon einmal an den St. Gallener Reichstag erinnern, welcher die Flucht von Genossen, denen ein Prozeß, Untersuchungshaft oder Gefängnisstrafe droht, scharf tadelte und die Erwartung ausdrückte, daß solchen Andreihern, die ihren unthätigen Genossen nur schwere Nachtheile bereiten, keine Unterstützung verabreicht wird.

Wir sind heute gezwungen, die neue Warnung zu wiederholen. Wer unter Umständen, wie den Bescheidnen, die Flucht ergreift, schädigt seine Genossen aufs Empfindlichste, denn er gibt der Staatsanwaltschaft eine Handhabe zur Verhängung der Untersuchungshaft in Fällen, wo sonst gar nicht daran gedacht werden könnte. Wir Sozialdemokraten haben so oft unsere Solidarität betheuert, daß wir es den Staatsanwälten nicht verargen können, wenn sie uns beim Wort nehmen und argumentiren: „Bei der Solidarität, die unter den Sozialdemokraten besteht, ist anzunehmen, daß der E. J. nur unter Billigung seiner Genossen ausgereist ist. Da nach dem von den Sozialdemokraten betonten Grundsatz: „Gleiches Recht für Alle!“ gegründete Annahme vorhanden ist, daß diese Billigung auch anderen, in ähnlichen Lagen befindlichen Genossen ertheilt werden wird, müssen wir, im Interesse der Gerechtigkeit, die nicht mit sich spielen läßt, vor jetzt an jeden Sozialdemokraten, dem eine Untersuchung bevorsteht, oder der eine Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, sofort in Haft nehmen.“

Wie gesagt, gegen eine derartige Argumentation und Praxis könnten wir absolut nichts einwenden.

Und wenn wir nun bedenken, daß im gegenwärtigen Augenblick die Zahl unserer in Untersuchung befindlichen und mit Gefängnisstrafe bedrohten Genossen, die auf freiem Fuße sind, sich in die Hunderte beläuft und wohl nahe an tausend sein dürfte, so kann eine Handlungswiese, welche alle diese Genossen der Gefahr sofortiger Verhaftung aussetzt, nicht streng genug verurtheilt werden.

Jedenfalls muß aber dem, der sich trotz dem zur Flucht entschließt, begreiflich gemacht werden, daß er nicht bloß die Achtung der Genossen, sondern auch das Recht auf Unterstützung verliert.

Die Reichskommission. Einst wegen ihrer Verbotsbestimmungen berühmt, macht in neuerer Zeit mehr in Aufsehen von Verboten. Erst vorläufige Woche wurden wieder vier Verbot's-Aufhebungen auf einen Schlag verhängt. Daß die Kommission bei diesen Entscheidungen die Logik auf ihrer Seite hat, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden. Wertwürdig aber ist folgendes: Fast alle Verbote, um die es sich jetzt handelt, gehen von den Regierungen der früher durch ihre freie Vertretung ausgeschiedenen Kleinstaaten oder Hansestädten aus, in der Kommission aber, die Verbote aufhebt, geben preussische Beamte den Ausschlag, der preussische Minister des Innern führt den Vorfall in derselben.

So hat das Sozialistengesetz nach einer Seite hin seine Schuldigkeit gethan. Es hat die „Reinen“ zur Selbsterziehung vor allen unständigen Menschen getrieben, sie zur Aemterrei gemacht. In wenigen Tagen feiert das Bundesgesetz sein zehnjähriges Jubiläum. Wir werden diesem Gedentage eine Festnummer widmen.

Zur Brodpreissfrage. So zahlreich liegen jetzt die Berichte von Aufschlägen im Brodpreis vor, so notorisch festgestellt ist es jetzt, daß diese Erhöhungen nicht von dem Willen einzelner Bäcker bestimmt werden, sondern in Folge der höheren Korn-, bezw. Mehlpreise, daß die Offizien sich genöthigt gesehen haben, ihren lächerlichen Widerspruch gegen den innigen Zusammenhang zwischen Brod- und Getreidepreisen aufzugeben. Statt dessen haben sie jetzt eine andere Ausrede, mit der sie die Aufrechterhaltung der Getreidepreise zu rechtfertigen suchen.

Die Beschwerde über die Getreidepreise, meint die „Norddeutsche“, „geht von der Grundannahme aus, daß der Städter ein Anrecht auf immer gleiche Brodpreise habe, und daß der Schaden einer geringen Ernte ausschließlich von der Landwirthschaft getragen werden müsse. Diese Auffassung aber schließt die bestälteste Ungerechtigkeit und Härte gegen den deutschen Landmann in sich.“

Diese Argumentation macht dem Organ des Mannes alle Ehre, der von jeder eine Forderung darin sucht, mit jeder Stier die Dinge auf den Kopf zu stellen, weiß für schwarz und schwarz für weiß zu erklären. Behaupten würden die Getreidepreise eingeführt? Um den „Städtern“, richtiger den Konsumenten, denn auf dem Lande gibt es genug Leute, die ihr Brod kaufen müssen, also um den Konsumenten die Vortheile reicher Ernten vorzuenthalten. Sie sollten vom Sinken der Getreidepreise nicht profitieren, und nun die Ernten schlecht sind, die Getreidepreise in die Höhe gehen, sollen sie trotzdem doppelte Preise zahlen, d. h. am Gewinne nicht theilnehmen, aber den Verlust mittragen. Das ist eine Zumuthung, wie sie nur agrarischer Hebermuth stellen kann und die sich nur ein Volk gefallen läßt, das jeder Selbstachtung bar ist. Und nur agrarischer Hebermuth kann die Behauptung aufstellen, es sei die „bestälteste Ungerechtigkeit“, wenn der Städter den Schaden der geringen Ernte nicht mittragen solle. Erstens muß er es ohnehin, was der deutsche Landmann (lies Landproll) aber will, das ist, daß er es doppelt und dreifach tragen soll. Der „Städter“, in der Wahrheit die arbeitende Klasse, soll den Herren Land-Baronen immer gleiche Profite sichern, das ist die „Gerechtigkeit“ in den Augen dieser Herren.

Die Arbeiter verdienen diesen Hohn, wenn sie nicht die richtige Antwort darauf finden.

Aus Deutschland wird uns mitgetheilt: Obgleich der Stand der Partei im Allgemeinen ein sehr günstiger ist, und der Geist unter den Genossen nichts zu wünschen übrig läßt, so scheint es doch, als habe man an vielen Orten die Nothwendigkeit, schon jetzt mit der Vorbereitung für die nächste Reichstagswahl zu beginnen, nicht genügend begriffen. Wir haben hier ganz besonders die Kandidatenfrage im Auge. Der Kreis, innerhalb dessen die Partei bisher ihre Kandidaten suchte, ist in neuerer Zeit — zum Theil durch schwere Schicksalsschläge — arg gelichtet worden, so daß diesmal bei der Wahl von Kandidaten weiter gegriffen werden muß. Da dem Antrag der Reichskandidaten diesmal unter allen Umständen ein Ende gemacht werden muß, so werden die Genossen in vielen, wo nicht den meisten Wahlkreisen sich neue Kandidaten suchen müssen. Und das ist mitunter nicht so ganz leicht.

Jedenfalls ist keine Zeit mehr zu verlieren. Das Mandat des jetzigen Reichstags erlischt am 21. Februar 1890 — dauert also längstens nur noch 17 Monate. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß schon vorher irgend eine Entselei in Szene geht und den geängstigten Wählern Knall und Fall die Pistole der Auflösung und eines „Appells an das Volk“ auf die Brust geleist wird.

Das muß berücksichtigt werden, und wir bitten deshalb die Genossen derjenigen Wahlkreise, in denen die Kandidatenfrage noch nicht geregelt ist, sich so bald wie möglich schlüssig zu machen.

Wach. Eine in Würzburg (Steiermark) zu Ehren des deutschen Kaisers veranstaltete Jagd ist verregnet und eingeleitet, so daß das Reinfest ein sehr mageres war. „Am wenigsten Jagdglück“, heißt es im Telegramm, — denn so wichtige Dinge werden der Welt telegraphisch mitgetheilt — hatte Kaiser Wilhelm, der nichts zur Strecke brachte.“

Nicht einmal zwei und vierzig Millionen Deutsche?

Amerika. Zur Agitation für die internationale Fabrikgesetzgebung. Unter dem Titel „Der erste Schritt“ schreibt das „Blatt“, Folgendes:

In einem Wechselblatt finden wir folgende Notiz: „Ein Vorschlag ist gemacht worden, welcher allgemeiner Beachtung, besonders seitens

der Arbeiter verdient — es gilt eine internationale Konferenz zur Regulirung der Kinderarbeit, der Arbeitszeit in Fabriken u. s. w. Der Präsident der „American Federation of Labor“, Hr. Samuel Gompers, hat an Staats-Sekretär Bayard ein Schreiben gerichtet, in welchem er darauf hinweist, daß vor etwa zwei Jahren in der Schweiz ein Gesetz angenommen wurde, durch welches das dortige Departement des Auswärtigen autorisirt wurde, die Regierungen aller Länder einzuladen, eine Konferenz zu beschicken, die Gesetzentwürfe zur Regulirung der täglichen Arbeitszeit, der regelmäßigen und gründlichen Inspektion von Fabriken und Werkstätten u. s. w. anarbeiten soll. Herr Gompers wünscht nun zu wissen, ob der Regierung der Ver. Staaten eine solche Einladung zugegangen, und wenn das der Fall, was sie in der Sache zu thun gedenke. Zwischen den Heilen der Anfrage ist zu lesen, daß, sollte die Regierung keine befriedigende Antwort ertheilen, die „Federation“ selbst für gebührende Vertretung der amerik. organisierten Arbeiter in der Konferenz sorgen wird.“

Wir hoffen, daß es mit der Sache keine Wichtigkeit hat und Herr Gompers nicht lauer lassen wird, bis er von Bayard eine befriedigende Antwort erhält. Hoffentlich bleibt er auch nicht ohne Unterstützung von den anderen Vorständen der großen Arbeiterverbände. Wir müssen zu unseren Bedauern konstatiren, daß und bis jetzt auch nicht eine Central-Labor-Union, Trades-Assembly oder nationale Gewerkschaft bekannt geworden ist, die sich dieser wichtigen Sache angenommen hätte. Herr Powderly, dem Schreiber dieses den Sachverhalt in einer längeren Zuschrift darlegte, hat soweit wir nichts von sich hören lassen.

Unsere deutschen Gesinnungsgenossen, welche auf Central-Körperschaften Einfluß haben, sind dringend aufgefordert, die Sache dort zur Sprache zu bringen. Sie müssen bedenken, daß die anglo-amerikanischen Arbeiter so gut wie nichts von den Bestrebungen der Schweiz wissen und es ihre Sache ist, sie darüber aufzuklären. Unsere Schweizer-Organen sind ersucht, darauf hinzuweisen.

Endlich sollen wir zur Erwägung anheim, ob es nicht gerathen wäre, im Kongreß eine gemeinsame Resolution einbringen zu lassen, welche den Staatssekretär anweist, mit der Schweiz — etwa unter Hinzuziehung von Vertretern von Arbeiter-Organisationen — zu verhandeln. Daß der Kongreß eine solche Resolution jetzt, vor den Wahlen, abzuweisen wagen würde, ist gar nicht zu befürchten, zumal sie ihn zu nichts verpflichtet. Es würde aber dadurch verhindert, daß Bayard die Anfrage der Schweiz im Stillen in den Akten begräbt.

Der die Wichtigkeit der internationalen Regulirung der Fabrikarbeit begriffen hat, für den ist jetzt Zeit zum Handeln und für die deutsch-amerikanischen Arbeiter um so mehr, weil sich den Bestrebungen für die Bekämpfung der Einwanderung nicht besser die Spitze abbrechen ließe, als durch ein solches Arrangement, wenn es bessere Verhältnisse unter den Arbeitern des kontinentalen Europas herbeiführen wird.

Warnung.

Es geht uns die verbürgte Nachricht zu, ein gewisser Peter Lamberti habe von Benth (Schottland) aus brieflich an die Polizeibehörde von Königsseele über angebliche Zusammenkünfte von Königsseele Genossen denunziatorisch berichtet.

Wägen die Genossen in K. und allerwärts Sorge tragen, daß dem Lamberti, wo er sich zeigt, ein entsprechender Empfang wird. Genantes Signalement wird erbeten.

Die Expedition des Sozialdemokraten.

Die Warnung in Nr. 39

betrifft dem Gummiarbeiter Paul Zillier (auch Zillies) ist dahin zu berücksichtigen, daß derselbe nicht „Berlinkstraße“, sondern in der Triftstraße wohnt.

Zurechtwacht.

Briefkasten

der Expedition: Major Eduard: M. 4 50 Ab. K. per 3. Lu. erh. Addr. x. notirt, bitten etwas deutlicher. T. wird wohl besser bl. abgemacht. Nachr. über Deutsches Material nicht erh. Näheres erwartet. Weiteres besorgt. — Nothor Bismar: Nachr. v. 6/10 u. Weiteres erh. aber die ganz positiven Fragen der K. K. sind damit nicht beantwortet. Also umgehend! — Kainund: bis. K. 3 — u. 70 Bf. Abon. 3. Lu. K. K. u. W. erh. In Aussicht gestelltes per Ckt. angenehm. Warum halten Sie sich nicht an die Dedaddr., die Ihnen ab J. w. ging? Grüße alleseits! — F. Etko Strohalm: 2 Th. Ab. 4 Lu. per Postanweisung erh. Addr. geändert. — G. A. B. London: Aus Obrg. betr. M. noch Nichts in unserer Hand. — Säupe: M. 120 — u. G. Ab. x. erh. Weitere Mittheilungen erwarten noch. — W. A. Regu: Album der Schweizer Alpenkora herz. dankend und grüßend erh. — Helvetius: Lassen Sie das nur gut sein. Der Spigelmajor arbeitet mit dem Streber Dr. T. auf gemeinamte Rechnung und zwar für — uns. Beitrag Ab. zu den Akten genommen. — Erieme Maske: Demnachst. Mühen erst Posten insurreiren. — Glasgow K. S.: 2 Th. Ab. 4 Lu. erh. P. Akten allerdings i. J. prompt weiterbesorgt. Ihre Wünsche erfüllen sich im Verlauf der Zauberei, bei der wir zunächst Alles, was bei den Leuten nicht blind ist, nur warnend auf gelunden Boden hinzulegen suchen. Sg. durch Unzusammenhang verdrängt. Gruß. — Wahrer Jakob: M. 29 90 Ab. 2. u. 3. Lu. u. Schrift. erh. Addr. notirt. Hflg. K. baldmöglichst. — G. T. Glasgow: Domilberänderung vorgemerkt. Beste Wünsche. — Heintich: Ja wohl, wie bisher. Addr. geordnet. M. mehr. — A. A. Sand: 2 Th. Ab. 4 Lu. befreundeter Seite erhalten. — G. G. Lvg.: M. 4 50 Abon. 4 Lu. u. Schriften erhalten. Addr. notirt. Bestell. sobald druckfertig. — Hannibal: Die „Jersfreiheit“ ist Euer historisches Lokalteil, das übrigens auch auf der neulichen Adresse hierher graffirt. Weiteres bl. — G. V. Lvg.: M. 3 50 Ab. 4 Lu. x. erh. Beilg. notirt. — Schmägr. Lüge: M. 10 — u. G. Ab. erh. Dorige Bismarcken können wir besser verwenden als Postanweisungen, die man durch Posten hier präferiren lassen muß. — Fuchs: M. 200 — auf altes G. erh. Weiteres per Gade ds. erwartet. Ab. u. Beilg. notirt. Reklamation beachtet. Hoffentlich J. P. A. bald zu haben. — V. G. Stg.: Weiteres M. 30 — in Ognrdg. A. gebührt. Hflg. not. Der Spr. G. soll sich an seine Leute halten. Oder bedienen Sie ihn selbst. — Die Wäden: M. 10 — u. G. Ab. x. erhalten. Im Hebrigen nicht einverstanden, worüber bl. mehr. — Fr. Presse London: Dank für Tauschpr. Nachsicht. untererleits fgl. — Schwarzer Tauschpr.: M. 25 — u. G. Ab. x. erh. Ab. geordnet. — Fortniss Amsterdam: 16 Th. (Fr. 20) Ab. 3 Lu. u. Schrift. erh. Genüßliches bl. — A. A. Bagn: M. 6 — u. G. Ab. x. erh. Ab. notirt. — Der Alte: M. 4 40 Ab. 4 Lu. erh. — Tante: M. 100 — u. G. Ab. x. erhalten. Weiteres erwerret, da Hflg. den Subst. wieder steigert. M. mehr. — Georg V.: Berichten Sie dies Alles ruhig an bekannte Stelle in J., wo man Ihnen auch nach Wunsch gewillt aufwarten wird. Gruß. — La Billere Paris: Alles an Geschäftsadresse senden, wie am Kopf des S. rechts oben ersichtlich. Weiteres folgt. — G. Sch. G. A. N.: M. 8 80 Ab. 4 Lu. erh. Reklamation folgt. — Pfingst: Pfd. St. 14 11 — u. G. Ab. alte Schuld erh. Weiteres beachtet u. bl.